

Debatte: Neue Balance zwischen Staat und Gesellschaft gesucht

von Stefan Grönebaum

Die SPD in der dritten großen Koalition

Zwei Tendenzen prägen die Lage der SPD seit ihrem kurzen Triumph von 1998: Einmal beschädigte sie mit ihren wirtschaftsfreundlichen, überhasteten und eher gegen eigene Funktionäre, Mitglieder, Wähler und Verbündete (Gewerkschaften) durchgesetzten „Reformen“ ihren Markenkern der sozialen Gerechtigkeit. Dadurch verlor sie massiv an Kompetenz und Glaubwürdigkeit, bei Wahlen und an Mitgliedern, 2005 die Regierungsführung und 2009 die Mitregierung. Die von Sigmar Gabriel 2009 ausgerufenen „Rückholaktion“ für 10 Millionen seit 1998 verlorene Wähler war nicht gerade von Erfolg gekennzeichnet.

Die in der Opposition mühsam verfolgten Korrekturen der eigenen Politik (Hartz IV, Mindestlohn, Rente mit 63 u.a.) reparierten das verlorene Vertrauen kaum: So waren im Frühjahr 2013 rund 60 Prozent der Arbeitnehmer der Meinung, dass die SPD ihre Interessen nicht vertrete. Auch im Wahlkampf stieg das Vertrauen in Kompetenz und Glaubwürdigkeit der SPD kaum an: In der zentralen Frage der Spar- und Europapolitik setzte sie Merkel keine erkennbare Alternative entgegen. Gabriels Versuch, im Frühjahr 2012 mit dem neuen französischen Präsidenten Hollande und der relativen rot-grünen Ländermehrheit um Hannelore Kraft eine Achse für mehr Wachstum und stärkere Besteuerung der Vermögenden zu schmieden, wurde von der SPD-Fraktionsspitze ausgebremst. Und die „Troika“ enthielt von Beginn an eine Unwucht: Wie glaubwürdig konnte die



☞ Stefan Grönebaum, geb. 1962, seit 30 Jahren in der SPD aktiv, u.a. in zwei rot-grünen Minderheitsregierungen.

Foto: SPD Friedenau

SPD-Spitze mit ihrem nach links gerückten Programm zum Gerechtigkeitswahlkampf antreten, wenn zwei der „Troikaner“ dem Schröder-Lager angehörten?

Peer Steinbrücks Kandidatur, die dieser verkehrten Lage entsprang, war eher eine demoskopische als strategische Entscheidung: Es sollte der Kandidat mit den größten Chancen antreten. Dabei war die Kampagne ein Remake von 1998: Ein wirtschaftsfreundlicher Kandidat wurde v.a. von Medien und Wirtschaft gegen große Teile der Partei gehypt, auch um eine mögliche linke Mehrheit zu verhindern. Aber die Unterschiede zu 1998 blieben groß: Steinbrück war kein „Medienkanzler“, trat nicht wie Schröder aus der Opposition gegen den verbrauchten Amtsinhaber, sondern als „Ex-Schröderist“ und „Alphatier“ gegen die sachlich agierende, populäre Kanzlerin an. Nach seiner Kür musste sich der Kandidat auf die Partei zubewegen – was bisherige Unterstützer wie das „Handelsblatt“ in heftige Abwehrreaktionen trieb. Seine Patzer und der Verzicht, sich in der Europapolitik als Alternative zu präsentieren, beförderten einen verpfuschten Wahlkampf mit schwachem Ergebnis. Zudem ging die einseitige SPD-Kampagne am Befinden der Wählermehrheit vorbei, die sich in Europa auf einer „Insel der Seligen“ sah und „Mutti“ mehr zutraute, sie abzusichern. In der Folge beendete die Wahl im September 2013 den Anspruch der SPD, die Arbeitnehmerpartei zu sein: Merkel mobilisierte mehr davon.

Von der Volks- zur Büroleiterpartei

Das Wahldebakel 2013 konnte die Bundes-SPD dank kluger Koalitionsverhandlungen – der Deal „Reregulierung des Arbeitsmarkts gegen Verzicht auf Kurswechsel bei Steuern und Europa“ war wohl das Optimum – bei Beteiligung der Mitglieder ins Gute wenden. Sigmar Gabriel setzt darauf, dass die SPD nur regierend an Kompetenz und Vertrauen gewinnt: Da die Arbeitnehmer Merkel ökonomisch mehr zutrauten als den vor Ungleichheit mahnenden Genossen, übernahm er mit dem Wirtschafts- und Energieministerium den zentralen Posten, um die Wirtschaftskompetenz der Partei zu stärken.

Über das Arbeits- und Sozialministerium soll die Partei Arbeitnehmern Angebote machen, die es nahe legen, im ureigenen Interesse wieder SPD zu wählen (v.a. Mindestlöhne, Regulierung des Arbeitsmarktes). Etwas unklar blieb, wie die Partei der Bildungsaufsteiger die gewachsene Kluft zu ihren Kernwählern, die Gabriel als wichtigste Ursache für die Niederlage identifizierte, schließen soll. Regierungsseitig funktioniert jedenfalls das Konzept: Gabriel koordiniert die SPD-Ressorts, die gut vorlegen und als Motor der Koalition gesehen werden. Jedoch vergrößert diese richtige Strategie das Kernproblem der SPD: Seit Jahrzehnten kompensiert sie ihre wachsende politische Schwäche, ihren Verlust an sozialer Verankerung und Nähe „bei de’Leut“ mit staatlichen Mitteln: Nicht zufällig regiert sie seit 1998 fast ständig, sind die SPD-Mitgliederüberaltert und oft im öffentlichen Dienst. Aus der Partei des demokratischen Aufbruchs und der sozialen Modernisierung der 70er („Mehr Demokratie wagen“) wurde nach dem Scheitern der „Basta-Politik“ gerade bei modernen Arbeitnehmern und Frauen eine Partei älterer Willy-Wähler an der Basis und der Büroleiter und Amtsträger an der Spitze, die inzwischen auch die Parteitage dominieren: Nicht nur für Franz Walter agiert

die Parteispitze luftdicht abgeschlossen vom einfachen Volk: Man engagiert sich loyal, um Büroleiter zu werden, wird Büroleiter, um MdB, MdB um Staatssekretär zu werden und so weiter...

Nun hat sich die Partei emanzipiert von der Milieu- und Glaubensgemeinschaft der Nachkriegsjahre. Doch durch die wachsende Nähe zur (Staats-)Macht ist das Interesse an deren Erhalt so dominant geworden, dass viele Bürger (und Mitglieder) glauben: „Die sind wie alle, denken nur an sich und ihre Posten.“ Ohne Postdemokratie-Debatten zu bemühen, wird die staatsreue SPD davon eingeholt, dass sie zu wenig für Demokratie und eine mündige Bürgergesellschaft eingetreten ist.

Komplexes Projekt mit gouvernementaler Schlagseite

So ist Gabriels Vorhaben komplex: Die Deutschen haben „Merkel plus Betriebsrat“ gewählt und die SPD muss sich als kompetente Regierungspartei erweisen. Darüber hinaus – und das haben Gabriel und die Parteilinke mit ihren Öffnungspapieren bekräftigt – muss sie sich als Programmpartei mit eigenständigem Profil, Projekten und Machtoptionen beweisen. Es gilt – am besten abgesprochen –, Zukunftsziele (Vereinbarkeit von Familie und Beruf) mit konkreten Projekten zu verbinden (Familienarbeit), Gemeinwohl gegen Lobbyinteressen zu vertreten (Energiepreise), Wort zu halten (Mindestlohn) sowie eine übergreifende Erzählung von gutem Leben und Arbeit anzubieten, die über Ressorthandeln hinaus Mehrheiten Projektionsräume anbietet. Es geht um mutige Kompromisse (z.B. kalte Progression gegen Spitzensteuersatz), glaubwürdiges Aufgreifen umkämpfter Themen – so werden Migranten längst akzeptiert, wenn man vorhandene Integrationsprobleme klar benennt, Integration aber stets als Aufgabe und Chance für

PapyRossa Verlag



**W. Gehrcke /
Chr. Reymann (Hg.)**

Syrien
Wie man einen säkularen Staat
zerstört und eine Gesellschaft
islamisiert

978-3-89438-521-7
187 Seiten | 9,90 Euro

Längst ist der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einen demokratischen Wandel abwürgt. Das Buch analysiert den Konflikt, untersucht seinen Stellenwert für die Politik des Westens und skizziert Wege zu Verhandlungslösungen.



Ch. Wiedemann

**Vom Versuch, nicht
weiß zu schreiben**

Oder: Wie Journalismus
unser Weltbild prägt

978-3-89438-494-4
186 Seiten | 12,90 Euro

Charlotte Wiedemann nimmt ihre LeserInnen mit auf eine Reise durch Kulturen und Kontinente, vom Iran über Afrika bis Südostasien. Und sie lässt hinter die Kulissen der Arbeit einer Auslandsreporterin blicken. Wie entsteht unser Weltbild? Was trägt der Journalismus hierzu bei?

»Ein Augenöffner« (*Capital*)

Migranten, Flüchtlinge und Mehrheitsgesellschaft formuliert – und um breitere Koalitionen als mit Gewerkschaftern und Großbetrieben: Von prekären Jobbern über Bildungs-, Gesundheits- und soziale Dienstleister sowie Verbraucher bis hin zu Mittelstand und Industrie.

Zentral bleibt der Kampf für eine gerechtere Besteuerung der Vermögenden: So lange Arbeitnehmer die Ausnahmen für Selbstständige und Beamte bezahlen, ist öffentliche Infrastruktur kaum finanzierbar und bleibt die Wirtschaftsentwicklung abhängig von Exportkonjunkturen. So führt nichts an einer neuen Finanz- und Europapolitik vorbei: Eine weitere reine Absicherung des Merkel-Kurses hält den Juniorpartner SPD klein, der sich nicht nur innenpolitisch – wie in Thüringen – Alternativen öffnen muss, um offensiv zu werden. In der neuen bunten Bundesratswelt gilt es, den Kontakt zu erstarkten Grünen zu halten und sich von der Union nicht knebeln zu lassen. Auf Parteebene müssen ernsthafte Gespräche die Probleme möglicher Partner von morgen ausloten und eingrenzen.

In der Regierung läuft vieles richtig, in der Fraktionsspitze dominieren die Staatsschauspieler, die vor allem regieren wollen, Partei und -Linke wirken eher schwach: So lange die zur Regierungslinken gewandelte SPD-Linke sich mit Staatssekretärsposten sedieren lässt, statt gesellschaftlich und innerparteilich Agenden zu setzen, mag das zum Erhalt der Macht reichen. Dabei gilt es, gut zu regieren und politische und gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln. Zur Parlamentsmehrheit braucht es in großen Koalitionen weder viel Mut noch Engagement, für Diskurs-Mehrheiten schon. Gabriel will gut regieren und Basis und Bürger mitnehmen: Bei der Personalauswahl blieb er noch allein. An dem von ihm durchgesetzten Mitgliedervotum kommt niemand mehr vorbei und den nächsten Kandidat bestimmen die Mitglieder. Das ist ein Fortschritt. ■

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de